

„Die Entwicklung des Arbeitsmarktes – eine Gefahr für den Zustand unserer Gesellschaft?“

Dr. Sepp Dürr im Gespräch mit Fritz Schösser und Eike Hallitzky

Zum Jubeln besteht kein Anlass: Die Verlierer am Arbeitsmarkt wie Langzeitarbeitslose, Ältere, Geringqualifizierte, Behinderte und MigrantInnen partizipieren nicht am Aufschwung. Ihr Anteil an den 330.000 Menschen, die in Bayern im Juni arbeitslos waren, ist weiter gewachsen. Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser und Eike Hallitzky, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Landtagsgrünen, die unter der Gesprächsleitung von Sepp Dürr den 3. Abend der Flurgespräche zum Thema „Die Entwicklung des Arbeitsmarktes – eine Gefahr für den Zustand unserer Gesellschaft?“ bestritten, waren sich einig: Der Staat müsse entgegen dem neoliberalen Credo der Unionsparteien aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben und die Verwerfungen des Marktes korrigieren. Beide plädierten, wenn auch im Detail mit unterschiedlichen Auffassungen, für einen Mindestlohn, der den Arbeitenden ein menschenwürdiges Leben ermögliche. Der Staatsregierung warfen sie bei der Jugendarbeitslosigkeit und der Lösung der Strukturprobleme in den nordöstlichen Regionen Bayerns Untätigkeit vor. Mit Selbstkritik begegnete Fritz Schösser dem Vorwurf der grünen Politiker, die Gewerkschaften identifizieren sich zu sehr mit der Großindustrie, statt ihr Augenmerk auf die Jobmaschine Mittelstand zu richten und die Einhaltung ökologischer Standards zu fordern. Bei den Gewerkschaften denke man um, Arbeitsplätze z.B. in der Autoindustrie seien nur dann sicher, wenn BMW und Audi endlich spritsparende Autos produzieren.

Fritz Schösser

Seit 1990 steht Fritz Schösser an der Spitze des DGB-Landesbezirks Bayern. Während seiner Ausbildung zum Industriekaufmann trat er in die ÖTV ein. Für sie war der Oberbayer aus Töging am Inn in verschiedenen Funktionen von 1968 bis 1979, danach im Bereich des DGB Bayern hauptberuflich tätig. Für die SPD saß er von 1994 bis 1998 im Bayerischen Landtag, danach von 1998 bis 2005 im Bundestag. Für Schlagzeilen sorgte jüngst seine Kritik an der SPD in Berlin. Er warf ihr vor, bei der Einführung von Mindestlöhnen, beim Kündigungsschutz und der Mitbestimmung gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU nicht entschieden genug die Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen.

Eike Hallitzky

Seit 1988 ist der Diplom-Volkswirt als Grüner in der Politik aktiv – zunächst auf Gemeinde- und Bezirksebene und seit 2003 im Landtag, vor allem im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen und als arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion. Zentrale Herausforderungen sind für ihn

- die globalisierungsbedingten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt
- das regionale Süd-Nord-Gefälle in Bayern als Folge der verfehlten Strukturpolitik der Staatsregierung
- die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

In diesem Sinne steht Eike Hallitzky für eine starke Stellung der Gewerkschaften im System der Tarifautonomie und für eine aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik in Bayern.